

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Februar 2009 N° 1
ISSN 1865-701X

Die ungewisse Zukunft der Sozialistischen Partei Frankreichs

von Gérard Grunberg



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Redaktion:

Ulla Brunkhorst und Katrin Sold

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.weltpolitik.net
© 2009 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Gérard Grunberg

Die ungewisse Zukunft der Sozialistischen Partei Frankreichs

- Die Sozialistische Partei ist in Frankreich seit langem die wichtigste Oppositionspartei, die bei weitem stärkste linke Kraft und die einzige politische Formation, die die gegenwärtige Regierung ablösen kann.
- Nach der erneuten Niederlage bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2007 zeigt sich die Partei jedoch ideologisch gespalten und durch die zerrütteten Beziehungen innerhalb der Partei geschwächt.
- Auch wenn Martine Aubry sich bei der Wahl um den Parteivorsitz auf dem Parteitag in Reims im November 2008 knapp gegen Ségolène Royal durchsetzen und ihre Position dadurch stärken konnte, wird der Konflikt zwischen diesen beiden Frauen die politischen Gegensätze innerhalb der Partei wohl auch weiterhin strukturieren.
- Die Sozialisten haben in Reims die Chance vertan, sich auf eine klare politische Linie zu einigen und eine Strategie im Hinblick auf die nächsten Wahlen zu entwickeln. Mit einem Sieg der Sozialistischen Partei bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2012 ist aus heutiger Perspektive daher kaum zu rechnen.

The Uncertain Future of the Socialist Party in France

- In France the Socialist Party is the most important opposition party, the strongest left-wing force and the only political movement in position to replace the government in power.
- After another defeat in the presidential and parliamentary elections of 2007, however, the party remains ideologically divided and weakened by inner-party tensions.
- Even though Martine Aubry defeated Ségolène Royal in a close race for First Secretary at the party convention in Reims in November 2008 and thus managed to strengthen her position, the competition between the two is likely to further undermine party coherence.
- During the convention, the Socialists missed the window of opportunity to come up with a common political approach and to develop a new strategy for the next elections. Under these circumstances, a victory of the Socialist Party in the next presidential and parliamentary elections of 2012 seems unlikely.

Inhalt

Tabelle 1 – Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1995–2007 (erster Wahlgang) in % der abgegebenen Stimmen (Frankreich insgesamt)	6
Tabelle 2 – Ergebnisse der Parlamentswahlen 1997–2007 (erster Wahlgang) in % der abgegebenen Stimmen für Frankreich (ohne Überseedepartements)	7
Tabelle 3 – Sitzverteilung der Fraktionen in der Nationalversammlung nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen (1997–2007)*	7
Das Kräfteverhältnis und die Frage der Strategie	8
Die Führungsfrage und die Präsidentschaftswahl	9
Tabelle 4 – Ergebnisse des Parteitages von Reims im November 2008: Stimmresultate für die Anträge und für das Amt des Ersten Sekretärs (in %)	10
Die Widersprüche in der politischen Linie	11
Anmerkungen	14

Die ungewisse Zukunft der Sozialistischen Partei Frankreichs

Gérard Grunberg

Der Zeitraum zwischen dem Wahlkampf um die französische Präsidentschaft im Jahr 2007, der in Wahrheit bereits Ende 2005 begonnen hatte, und der Wahl einer neuen Parteiführung auf dem Parteitag in Reims im November 2008 war eine sehr wichtige und gleichzeitig sehr schwierige Phase für die Sozialistische Partei Frankreichs (PS). Sie war in diesen Parteitag nach der erneuten Niederlage bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen gegangen, ohne wirkliche Führungspersönlichkeit, ideologisch und strategisch gespalten und durch die zerrütteten Beziehungen innerhalb der Partei moralisch geschwächt. Sie hatte es nicht vermocht, gegenüber den Institutionen der V. Republik und insbesondere gegenüber der Präsidentschaftswahl eine klare Haltung zu beziehen. Die sich daraus ergebende Krise ist vielgestaltig, sie bestimmt das Bild dieser Partei in einer von der schweren Wirtschaftskrise geprägten Zeit, und obwohl sie sich in der Opposition befindet, leidet sie heute an einem beängstigenden Mangel an politischer Glaubwürdigkeit.

Wie ist diese Situation zu erklären? Die Sozialistische Partei Frankreichs bleibt eine große Partei, sie ist mit ihren 230 000 Mitgliedern die wichtigste Oppositionspartei und die bei weitem stärkste linke Kraft. Seit den nationalen Wahlen im Jahr 2002 konnte sie sogar bedeutsame Wahlgewinne erzielen. Bei der Präsidentschaftswahl 2002 erreichte der sozialistische Kandidat, Premierminister Lionel Jospin, im ersten Wahlgang den dritten Platz und war damit ausgeschieden, da jeweils nur die beiden erstplatzierten Kandidaten im zweiten Wahlgang antreten dürfen. Besonders schlimm an dieser Niederlage war, dass der sozialistische Kandidat vom Kandidaten der rechtsextremen Partei Front National geschlagen wurde. Demgegenüber überwand bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2007 die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal die Hürde der ersten Runde und erzielte im zweiten Wahlgang bei einer besonders hohen Wahlbeteiligung 47 Prozent der Stimmen (Tabelle 1). Bei den Parlamentswahlen

erreichte die Sozialistische Partei ein sehr achtbares Ergebnis und konnte im Vergleich zu den Wahlen von 2002 die Zahl ihrer Sitze in der Nationalversammlung deutlich erhöhen (Tabelle 2 und 3).

In einem Parteiensystem, das sich langsam zu einem Zweiparteiensystem entwickelt und in dem die Regierung von zwei Parteien monopolisiert und lediglich in Perioden der Kohabitation geteilt wird, ist die Sozialistische Partei die einzige linke Kraft, die bei den Präsidentschaftswahlen, die seit den Reformen aus den Jahren 2000 und 2001 den Auftakt des nationalen Wahlzyklus bilden, Ausichten auf einen Sieg hat. Im linken Spektrum ist trotz eines gewissen Wiedererstarkens der trotzkistischen extremen Linken keine andere Formation in der Lage, die Führungsrolle der PS in Frage zu stellen.

Zudem eroberten die Sozialisten bei den Regionalwahlen 2004 20 der 22 Regionen und erreichten bei der im gleichen Jahr abgehaltenen Europa-Wahl das gute Ergebnis von 28,9 Prozent. Bei den Kommunal- und Kantonalwahlen 2008 errangen sie noch einmal große Erfolge und regieren jetzt in den meisten Departements und großen Städten. Auch in Paris und Lyon, in denen sie bereits im Jahr 2001 die Wahlen gewonnen hatten, konnten sie sich behaupten. Somit bleibt die Sozialistische Partei eine Partei mit starker Wählerschaft und die bedeutendste lokale Kraft. Sie ist die einzige politische Formation, die die gegenwärtige Regierung ablösen und sowohl die Präsidentschaftswahl als auch die Parlamentswahl gewinnen kann.

Unter diesen Bedingungen könnte man mit einem auf diesen Fakten aufbauenden optimistischen Kommentar die Schwierigkeiten der Sozialisten relativieren und erwarten, dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise sie im Wahljahr 2012 quasi automatisch an die Regierung bringen werden. Sicherlich ist eine solche Möglichkeit nicht ausgeschlossen. Seit 1978 haben, mit Ausnahme der

Rechten im Jahr 2007, alle aus der Regierungsverantwortung kommenden Parteien die jeweiligen Parlamentswahlen verloren. Protestwahlen sind gegenwärtig ein wichtiges Element in der politischen Dynamik unserer repräsentativen Demokratien. Präsident Sarkozy kann 2012 scheitern. Wir

werden im Folgenden jedoch zeigen, welche Hindernisse und Schwierigkeiten sich in der kommenden Zeit vor der Sozialistischen Partei auftürmen werden. In diesem Licht ist mit einem Sieg dieser Partei im Jahr 2012 aus heutiger Perspektive kaum zu rechnen.

Tabelle 1 – Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen 1995–2007 (erster Wahlgang) in % der abgegebenen Stimmen (Frankreich insgesamt)

Politische Zugehörigkeit des Kandidaten	1995	2002	2007
Extreme Linke	5,3	10,5*	7,2**
PCF (Kommunistische Partei Frankreichs)	8,7	3,4	1,9
PS (Sozialistische Partei)	23,3	16,2	25,9
Radicaux de gauche (Linksradikale)	-	2,3	-
Verts (Grüne)	3,3	5,3	1,5
Linke (Gesamt)	40,6	37,7	36,5
UDF (Union für die französische Demokratie)	18,5	6,8	***
RPR-UMP (Bündnis für die Republik – Union für eine Volksbewegung)	20,5	19,9	31,2
Verschiedene rechte Parteien	4,8	5,1****	2,2
Front National	15,3	16,9	10,4
Andere rechtsextreme Parteien	0,3	2,3	-
Rechte (Gesamt)	59,4	51,0	43,8
UDF (Union für die französische Demokratie) 2007			18,6
Sonstige Parteien (weder dem linken noch dem rechten Spektrum zuzuordnen)	-	9,4*****	1,1
Andere Umweltbewegungen	-	1,9	-
Gesamt	100	100	100
Anteil der sozialistischen Partei am Stimmenanteil der Linken	57,3	43,0	71,0
Anteil der RPR-UMP am Stimmenanteil der Rechten	36,3	39,0	71,2
Anteil der Sozialistischen Partei und der RPR-UMP an der Gesamtzahl der Stimmen	44,1	36,1	57,1

* 3 Kandidaten der extremen Linken

** 4 Kandidaten der extremen Linken

*** Für 2007 wurde das Ergebnis des Kandidaten der UDF François Bayrou nicht in das Gesamtergebnis der rechten Parteien einbezogen.

**** 2 Kandidaten aus anderen rechten Parteien

***** 2 weitere Kandidaten ohne Zuordnung zum linken oder rechten Spektrum

Tabelle 2 – Ergebnisse der Parlamentswahlen 1997–2007 (erster Wahlgang) in % der abgegebenen Stimmen für Frankreich (ohne Überseedepartements)

Politische Zugehörigkeit des Kandidaten	1997	2002	2007
Extrême-gauche (Extreme Linke)	2,6	2,8	3,4
PCF (Kommunistische Partei Frankreichs)	9,9	4,8	4,4
PS und Radicaux de gauche (Sozialistische Partei und Linksradikale)	25,3	25,7	26
Verschiedene linke Bewegungen	2,5	1,1	2
Grüne (nach 1997)	7*	4,5	3,3
Linke (Gesamt)	47,3	38,9	39,1
UDF (Union für die französische Demokratie)	14,4	4,9	**
RPR-UMP (Bündnis für die Republik – Union für eine Volksbewegung)	15,4	33,3	39,5
Verschiedene rechte Bewegungen	6,3	4,9	3,7
Nouveau centre (Neue Mitte)	-	-	2,4
Front National	15,3	11,3	4,4
Andere rechtsextreme Bewegungen	0,1	1,4	0,3
Rechte (Gesamt)	51,5	55,8	50,3
MoDem (UDF) (Demokratische Bewegung (Union für die französische Demokratie))			7,6
Umweltbewegungen, darunter die Grünen im Jahr 1993		1,2	0,8
Verschiedene	1,2	4,1	2,2
Gesamt	100	100	100
Anteil der PS am Stimmenanteil der Linken	53	66	66,5
Anteil der RPR-UMP am Stimmenanteil der Rechten	29,8	59,7	79
Anteil der PS + der RPR-UMP am Gesamtstimmenanteil der Linken und Rechten	39,7	59	65,5

* Bündnis der Umweltparteien (Grüne und Génération écologie)

** UDF 2007: siehe MoDem, die nicht zur Rechten gezählt wurde

Tabelle 3 – Sitzverteilung der Fraktionen in der Nationalversammlung nach dem Ergebnis der Parlamentswahlen (1997–2007)*

Fraktionen	1997	2002	2007
PCF (Kommunistische Partei Frankreichs)	36	21	-
PCF/Verts** (Kommunistische Partei/ Grüne)			24
PS (Sozialistische Partei)	250	141	204
Radical/Citoyen/Verts (Radikale/Bürgerbewegungen/Grüne)	33	-	-
Union du centre (Union der Mitte)	-	-	-
UDF (Union für die französische Demokratie)	113	29	-
Nouveau centre*** (Neues Zentrum)	-	-	23
RPR/UMP (Bündnis für die Republik – Union für eine Volksbewegung)	140	365	320
Front National	-	-	-
Keiner Fraktion zugehörig	5	21	6****
Gesamt	577	577	577
Anteil der PS an der Linken in %	78	87	89
Anteil der RPR-UMP an der Rechten in %	55	88	93
Anteil von PS und RPR-UMP an der Gesamtzahl der Sitze	68%	88%	92%

* Zu den Fraktionsmitgliedern gehören auch die ihnen politisch nahestehenden Abgeordneten. 1986 galt das Verhältniswahlrecht.

** Es handelt sich nicht um eine Fraktion, sondern um eine technische Gruppe, die u. a. die 15 kommunistischen und die vier grünen Abgeordneten umfasst.

*** Zu dieser Gruppe gehören hauptsächlich ehemalige UDF-Abgeordnete, die sich 2007 nach der Präsidentschaftswahl Nicolas Sarkozy anschlossen und die Partei Nouveau Centre gründeten.

**** Unter ihnen die vier Abgeordneten von François Bayrou MoDem.

Das Kräfteverhältnis und die Frage der Strategie

Die im Jahr 2000 erfolgte Festlegung des Mandats des Präsidenten auf fünf Jahre und die Umkehrung des Wahlkalenders im Jahr 2001, demzufolge die Parlamentswahlen nunmehr unmittelbar nach den Präsidentschaftswahlen stattfinden, zwingt die Sozialisten, die Präsidentschaftswahl zu gewinnen, um sodann auch an die Regierung zu kommen, denn ein Sieg bei der Präsidentschaftswahl verschafft der betreffenden Partei einen realen Vorteil bei der anschließend stattfindenden Parlamentswahl. Nun hat aber mit Ausnahme von François Mitterrand in den Jahren 1981 und 1988 seit 1965 kein sozialistischer Kandidat mehr eine Präsidentschaftswahl gewonnen. Sowohl im Jahr 1995 als auch 2007 – auf die Wahlen 2002 soll hier gar nicht weiter eingegangen werden –, als die Linke aus der Opposition heraus in den Wahlkampf ging, konnte die Rechte die Wahlen deutlich mit rund 53 Prozent der Stimmen gewinnen. Die Linke ist seit langem bei den großen nationalen Wahlentscheidungen strukturell in der Minderheit. Erschwerend kommt hinzu, dass im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl von 2007 die Linke in ihrer Gesamtheit ihr schlechtestes Ergebnis (36 Prozent) seit dem Regierungswechsel von 1981 erzielte. Der Kandidat der Mitte erreichte 18 Prozent, während der Kandidat der Rechten im ersten Wahlgang 31 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Die Niederlage der sozialistischen Kandidatin im zweiten Wahlgang erklärt sich soziologisch durch den Umstand, dass die traditionell konservativ wählenden Gruppen (Ältere, Freiberufler und Angestellte der Privatwirtschaft) massiv für Nicolas Sarkozy stimmten, während die traditionell eher links wählende untere soziale Schicht sowohl dem linken als auch dem rechten Kandidaten ihre Stimme gab.¹

Aus strategischer Sicht steckt die »Union der Linken«, die das Herzstück der sozialistischen Strategie seit 1971 darstellt, in der Krise. Die PS hat innerhalb der Linken keine bedeutenden und stabilen Partner mehr. Die politische Landschaft links von den Sozialisten ist ebenso wie ihre Wählerschaft fragmentiert. Die Kommunistische Partei kämpft gegen ihr politisches Ende. Die Linksradikalen sind

nur ein Anhängsel der PS, und die Grünen streben nach Unabhängigkeit, sind aber sowohl hinsichtlich der Wahlerfolge als auch bezüglich der Parteiorganisation sehr schwach. Mit lediglich 1,5 Prozent der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl und 3 Prozent bei der Parlamentswahl kämpft die Partei gar ums Überleben. Unter diesen Umständen haben die Grünen Daniel Cohn-Bendit als Spitzenkandidaten für die Europa-Wahl 2009 akzeptiert, was sie vor einigen Jahren noch abgelehnt hatten. Ihnen fehlt eine echte Führungspersönlichkeit, außerdem haben die großen Parteien einen Teil ihrer Forderungen übernommen. Paradoxerweise droht genau in dem Moment, in dem die Franzosen anfangen, sich um ihre Umwelt und um eine nachhaltige Entwicklung Sorgen zu machen, die wichtigste ökologische Bewegung zu verschwinden.

Die extreme Linke dagegen füllt inzwischen die vorher von der Kommunistischen Partei besetzte Nische der Protest-Linken aus. Selbst wenn ihr junger Vorsitzender Olivier Besancenot geschickt das Fernsehen zu nutzen weiß und selbst wenn die gegenwärtig stattfindende Umwandlung der Ligue Communiste Révolutionnaire (Revolutionär-kommunistische Liga) in die Nouveau Parti Anticapitaliste (Neue Antikapitalistische Partei) die alte trotzkistische Organisation etwas verjüngt, ist sie doch nicht imstande, die Führungsrolle der PS innerhalb der Linken in Frage zu stellen. Zudem lehnt sie jede Allianz mit den Sozialisten ab und wirft ihnen »Sozialliberalismus« vor. Die »regierungsfähige Linke« ist also gespalten und schwach, besitzt keine wirkliche Strategie und wird von der extremen Linken abgelehnt und bekämpft.

Unter diesen Umständen hatte sich Ségolène Royal, die Präsidentschaftskandidatin von 2007, in der Auseinandersetzung um die Strategie der Sozialistischen Partei zuerst bei der Präsidentschaftswahl von 2007 und dann auf dem Parteitag in Reims 2008 für eine Annäherung an das Mouvement Démocrate (MoDem) von François Bayrou ausgesprochen. Bayrou hatte diese neue Partei der politischen Mitte nach seinem Bruch mit der UMP gegründet und mit ihr im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl den dritten Platz belegt. Der Vorschlag von Ségolène Royal, sich dem MoDem anzunähern, führte zu einer neuen tiefen politischen

Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei, die auf dem Parteitag von Reims voll zum Ausbruch kam. Martine Aubrys Sieg auf diesem Parteitag und Ségolène Royals Niederlage bekräftigten die »linke Verankerung« und zeigten die Ablehnung gegenüber »Allianzen der Mitte«. Die Sozialistische Partei bewahrte damit die Strategie des »Linksbündnisses« – angesichts der Schwäche dieses Bündnisses besteht allerdings die Gefahr, dass eine derartige Strategie erfolglos sein wird.

Die Führungsfrage und die Präsidentschaftswahl

Für die Sozialisten ist die Präsidentschaftswahl nicht nur eine Frage der Strategie. Sie ist vor allem und in einem umfassenderen Sinne eine Frage ihres Verhältnisses zu den Institutionen der V. Republik, zu deren Funktionsweisen und Entwicklungen. Da die Sozialistische Partei im linken politischen Spektrum die einzige »präsidiable« Partei ist und als einzige eine Chance hat, sowohl die Präsidentschafts- als auch die anschließenden Parlamentswahlen zu gewinnen, hat sie sich wie die andere »präsidiable« Partei, die konservative UMP, einen besonderen Platz im französischen Parteiensystem erworben. Sie musste sich infolgedessen auch auf die Präsidentschaftswahl als zentrales Ereignis im politischen System Frankreichs einstellen. Im Laufe der Jahre richtete sie sowohl ihre Statuten als auch ihre Organisation auf dieses zentrale Ziel aus. Die Festlegung der Amtszeit des Präsidenten auf fünf Jahre hat die Bedeutung dieser Wählerbefragung in der Gesamtheit der Wahlen noch gesteigert. Ihr Status als »präsidiable« Partei verpflichtet die sozialistische Partei, einen Wahlsieg anzustreben. Nun sind jedoch die Sozialisten mit den Institutionen der V. Republik und paradoxerweise vor allem mit der Präsidentschaftswahl nicht einverstanden. Durch die Einführung der fünfjährigen Amtszeit des Präsidenten wurde die Ausrichtung des Systems auf den Staatspräsidenten noch verstärkt, eine Ausrichtung, die Nicolas Sarkozy auf die Spitze trieb, indem er, klarer noch als seine Vorgänger, deutlich machte, dass er der eigentliche Chef der Regierung ist. Die Aussicht auf eine »Reparlamentarisierung« des Regierungssystems rückte somit in noch weitere Ferne.

Die Sozialistische Partei hat sich in einen gefährlichen Widerspruch begeben, indem sie einerseits ihre interne Funktionsweise präsidialisiert, andererseits aber weiterhin eine Systemänderung zur Begrenzung der Macht des Präsidenten fordert. Dieser Widerspruch ist es, der die Partei sowohl politisch als auch moralisch untergräbt.

Seit 2005 wird das interne Parteileben durch einen schweren Konflikt bestimmt, der direkt mit der Präsidialisierung der Sozialistischen Partei verbunden ist. In ihm stehen sich Ségolène Royal mit ihren Anhängern und die anderen Strömungen der Partei gegenüber. Ségolène Royal folgte während ihres Vorwahlkampfes um die Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2007 voll und ganz der Präsidialisierungslogik, sie führte einen Wahlkampf weit außerhalb der Partei, und doch konnten es die anderen führenden Vertreter der Partei nicht verhindern, dass sie von einer großen Mehrheit der Mitglieder gewählt wurde und sich gegen Dominique Strauss-Kahn und Laurent Fabius durchsetzte. In dieser Phase des Vorwahlkampfes spielten Umfragen eine entscheidende Rolle. Als Präsidentschaftskandidatin war Ségolène Royal weder Willens noch in der Lage, die Nähe zu ihrer Partei in ausreichendem Maße zu halten, sondern sie personalisierte ihren Wahlkampf bis zum Äußersten. Nach ihrer Niederlage machte sie keinen Hehl aus ihrer Absicht, die Führung der Partei zu übernehmen und sie grundlegend umzugestalten. Sie wollte vor allem erreichen, dass von nun an der Präsidentschaftskandidat wie in den USA von allen Anhängern und nicht nur von den Parteimitgliedern bestimmt wird. Ihr zweiter Vorschlag sah die starke Senkung der Mitgliedsbeiträge vor.

Aus vielerlei Gründen akzeptierte jedoch ein großer Teil der Parteiführung weder ihren Einfluss noch ihre Vorschläge und beschloss daher, ihr während des Parteitages von Reims den Weg zum Amt des Ersten Parteisekretärs zu versperren. Die Argumente, die ihre Gegner gegen sie vorbrachten, bezogen sich zum einen auf die Allianzen und zum anderen auf die Präsidialisierung der Partei. In der Bündnisfrage bekräftigten sie als ihr einziges Ziel einen Zusammenschluss der linken Kräfte, und in der Frage der Präsidialisierung lehnten sie sowohl die offenen Vorwahlen zur Ermittlung des Kandi-

Tabelle 4 – Ergebnisse des Parteitag von Reims im November 2008: Stimmresultate für die Anträge und für das Amt des Ersten Sekretärs (in %)

Anträge	Wahlergebnisse für die Anträge	Wahlergebnisse für das Amt des Ersten Sekretärs (erster Wahlgang)	Wahlergebnisse für das Amt des Ersten Sekretärs (zweiter Wahlgang)
Royal (Erstunterzeichner Collomb)	29,1	42,5	49,96
Delanoë	25,2		
Aubry	24,3	34,7	50,04
Hamon	18,5	22,8	
Guibert (Pôle écologique)	1,6		
Pupunat (Utopia)	1,3		

daten als auch die Senkung der Mitgliedsbeiträge ab und verteidigten damit die Idee einer traditionellen Mitgliederpartei.

Die politische Positionierung von Ségolène Royals Gegnern reichte von der radikalen Linken (Benoît Hamon) über die gemäßigte Linke (Martine Aubry und Laurent Fabius mit dem impliziten Einverständnis von Dominique Strauss-Kahn) bis hin zur linken Mitte (Bertrand Delanoë, Bürgermeister von Paris). Trotz ihrer Differenzen konnten sie, wenn man die Ergebnisse der drei Strömungen addiert, bei der Abstimmung über die verschiedenen Anträge fast zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinen. Nur wenige Tage später jedoch, bei der Direktwahl des Ersten Sekretärs durch die Parteimitglieder, konnte sich Martine Aubry als die gemeinsame Kandidatin dieser drei Strömungen im zweiten Wahlgang nur knapp mit wenigen Stimmen Vorsprung gegen Ségolène Royal durchsetzen. Dieses Ergebnis wurde von Ségolène Royal und ihren Freunden in einer Atmosphäre des Hasses, der Spaltung und des moralischen Verfalls heftig angefochten, wodurch die Partei und ihre neue Führung zusätzlich geschwächt wurden.

Martine Aubry konnte das Rennen um den Parteivorsitz letztlich für sich entscheiden, weil die Meinungsverschiedenheiten mit Ségolène Royal zu den beiden Fragen der Allianzen und der Präsidentsialisierung auf die Spitze getrieben wurden. Was auch immer die neue Führung sagt, diese beiden Fragen werden sich der Sozialistischen Partei auch weiterhin bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2012 stellen. Martine Aubry hat es

zwar geschafft, die Parteiführung zu übernehmen, und ihre Verbündeten sind ihr umso treuer ergeben, als sie alle ein Interesse daran haben, Ségolène Royal vor der nächsten Präsidentschaftswahl zu marginalisieren. Doch die grundlegende Frage einer politischen Strategie wurde damit bei weitem nicht gelöst.

Der Parteitag von Reims war ein schwerer Misserfolg für die Sozialistische Partei. Es wurde weder eine mehrheitsfähige politische Linie bestimmt noch konnte die Wahl eines Parteiführers, der in der Lage wäre, die Partei zusammen zu schmeiden und zugleich der Öffentlichkeit das Bild einer grundlegenden Erneuerung der Partei zu vermitteln, in angemessener Weise vorbereitet werden. Die Partei zeigt sich moralisch gespalten und verharret teilweise noch immer auf ihren alten Positionen. Und doch muss sie unter diesen schwierigen Bedingungen versuchen, die Opposition gegen Nicolas Sarkozy zu verkörpern, dessen Talent, Reaktionsschnelligkeit, allseitiger Aktionismus und vollkommene Beherrschung seiner Partei ihn trotz der Wirtschaftskrise, deren Auswirkungen in der Zukunft noch zunehmen werden, zu einem gefürchteten Gegner für die PS machen.

Darüber hinaus findet der politische Kampf gegen das konservative Lager in einem institutionellen Rahmen statt, den die Sozialistische Partei auch weiterhin ablehnt. Sie hat sich niemals ganz mit den Institutionen der V. Republik ausgesöhnt, selbst wenn sie sich diese zunutze gemacht hat. Die Partei strebt nach wie vor ein parlamentarisches Regierungssystem an und hat weder die Direktwahl des Staatspräsidenten noch den seit François Mitter-

rand so genannten monarchischen Charakter der staatlichen Institutionen und die Präsidialisierung des Regierungssystems ganz akzeptiert. Da sie jedoch, gewollt oder ungewollt, eine der beiden großen Parteien im politischen System darstellt und dazu berufen ist, die Möglichkeit eines Wechsels zu verkörpern, dessen Grundlage ein Sieg bei den Präsidentschaftswahlen bildet, bleibt die Partei bei der Frage der Institutionen in Wahrheit unentschieden. Dies zeigte sich auf paradoxe Weise in der ablehnenden Haltung der Sozialisten zur Ratifizierung des vom Präsidenten unterbreiteten und im Juli 2008 angenommenen Entwurfs zur Erneuerung der Institutionen im Kongress (Versammlung beider Kammern des Parlaments), obwohl dieser Vorschlag die Macht des Parlaments deutlich erhöht hätte.

Sollte es die Sozialistische Partei weiterhin ablehnen, der nächsten Präsidentschaftswahl absolute Priorität einzuräumen, das heißt den (die) bestmögliche(n) Kandidaten(in) zu wählen und den Franzosen konkrete Lösungen für die Probleme des Landes anzubieten, und stattdessen weiter um sich selbst kreisen, riskiert sie durch eine mögliche vierte Niederlage in Folge, den Status einer »präsidialen« Partei zu verlieren und damit deutlich und vielleicht dauerhaft geschwächt zu werden.

Die Widersprüche in dieser Frage bleiben beträchtlich, wie das von der neuen Mehrheit der Partei verabschiedete Grundsatzprogramm zeigt. Auf der einen Seite erkennt der Text die offensichtliche Wahrheit an, dass die Regeln der Partei während des letzten Parteitages nicht funktioniert haben: »Wir müssen den Wahlmodus für unseren Präsidentschaftskandidaten, der bei der letzten Satzungsreform nicht geregelt wurde, ernsthaft überdenken und diskutieren. Wir müssen uns auch im Lichte der Ereignisse des Parteitages von Reims Fragen zu den Verfahrensweisen auf unseren Parteitag stellen, insbesondere in Bezug auf das Nebeneinander von Verhältniswahlrecht zur Abstimmung über Anträge und Mehrheitswahlrecht für die Wahl des Ersten Sekretärs und des Parteivorstandes.« Diesem Abschnitt könnte man entnehmen, dass die Bedeutung der Frage der Präsidentschaft und ganz allgemein des Verhältnisses der Partei zu den Institutionen der V. Republik erkannt wurde,

wäre da nicht ein anderer Abschnitt, der genau das Gegenteil besagt: »Wir werden nicht zulassen, dass sich unsere Partei nach und nach zu einer Partei im Dienste einer Kandidatur entwickelt. Aus diesem Grund muss die Personalisierung der PS gestoppt werden. Man kann nicht am Rednerpult der Nationalversammlung das präsidentielle Regierungssystem anprangern und gleichzeitig alle Funktionsprinzipien der V. Republik in die Partei importieren wollen.« Verstehe dies wer wolle!

Die Widersprüche in der politischen Linie

Ebenso offen wie die Frage nach dem Wahlmodus für den Präsidentschaftskandidaten blieb die nach der politischen Linie. In der Zeit vor dem Parteitag schien es, als ob die Sozialistische Partei ihre politische Linie etwas modifiziert hatte. Die Wahlniederlage von 2002 und das Nein zum europäischen Verfassungsvertrag durch das Referendum von 2005 hatten die Partei gespalten und sie nach der reformistischen Periode unter Lionel Jospin zu ihren traditionellen antiliberalen Positionen zurückkehren lassen. Danach verfolgte die Partei kein europäisches Projekt mehr, und die Gefahr eines Rückzugs auf rein nationale Belange war groß. Selbst die Frage, ob sich die Sozialistische Partei klar dazu bekannte, eine reformistische Partei zu sein, wurde noch immer nicht eindeutig beantwortet. In der Zeit nach der Präsidentschaftswahl von 2007 kam es auf Initiative des Ersten Sekretärs, François Hollande, und des für Grundsatzfragen zuständigen Nationalen Sekretärs, Alain Bergounioux, zu einer Überarbeitung und Neufassung des Grundsatzprogramms der Sozialistischen Partei.

Dieses Programm ist umfangreicher als das vorherige aus dem Jahr 1990 und definiert die Werte der Sozialisten präziser und zumeist positiv. Der europäische Charakter der Partei wird nach drei Jahren des Schlingerns, der Spaltungen und der Unentschiedenheit entschlossen und mutig bekräftigt. Das ökologische Anliegen wird mit Nachdruck unterstrichen und zu Recht eingefordert. Die Befürwortung des Laizismus wird klar hervorgehoben in einer Zeit, die dies erfordert. Vor allem jedoch spricht sich dieser Text im Gegensatz zu

seinem Vorgänger explizit für eine »soziale und ökologische Marktwirtschaft« aus. Die Partei bezeichnet sich als »reformistisch«, ihre »revolutionären Hoffnungen« sind verschwunden.

Ist die Sozialistische Partei mit diesem von den Mitgliedern angenommenen Programm ihren großen europäischen Schwesterparteien gefolgt? Hat sie nun schließlich nach so vielen Jahrzehnten der Unbeweglichkeit ihre Vision an eine sich im Umbruch befindende Welt und an ihre eigene Regierungspraxis der letzten dreißig Jahre angepasst? Ja und nein. Der Text enthält gewisse Mehrdeutigkeiten und erinnert eher an eine Rückbesinnung auf das 20. Jahrhundert als an einen innovativen Entwurf für das 21. Jahrhundert. Es handelt sich um eine Art französisches »Bad Godesberg«, um eine Wiederholung der von den deutschen Sozialdemokraten bereits vor einem halben Jahrhundert durchgeführten ideologischen Korrekturen. Diese hatten damals dem Marxismus entsagt und eine neue Losung angenommen: »Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig!« Die französischen Sozialisten gehen jedoch nicht ganz so weit. Ihre Haltung zur Marktwirtschaft ist nach wie vor mehrdeutig: Der Markt bleibt ihnen suspekt, sie erkennen in ihm keinen Wert an sich und halten ihn ohne staatliche Regulierung für gefährlich. Der Reformismus wird wie früher nur dann akzeptiert, wenn er ein »Projekt der radikalen Veränderung« beinhaltet. Zudem halten sie an ihrem Willen fest, eine »neue Gesellschaft« zu schaffen, die »die Widersprüche des Kapitalismus überwindet« und die »nicht kommerziellen« Bereiche privilegiert, auch wenn sie zum ersten Mal den Nutzen eines »dynamischen privaten Sektors« anerkennen. Trotz all dieser Einschränkungen zeigte sich die Sozialistische Partei zum ersten Mal klar als reformistisch und als Verfechterin der Marktwirtschaft.

Die Tinte unter dem Programm war kaum getrocknet und die Debatten im Vorfeld des Parteitages von Reims hatten gerade begonnen, als der Ausbruch der weltweiten Finanzkrise diese Entwicklung in Frage stellte. Die Sozialisten – und vor allem der linke Parteiflügel – sahen in dieser Krise den Beweis dafür, dass sie mit ihrer seit Jahrzehnten vertretenen Meinung richtig lagen, dass

nur eine Stärkung des Staates Abhilfe gegen eine Krise schaffen könne, die im Endeffekt eine Krise des Kapitalismus sei. Die Verurteilung des Finanzkapitalismus bildete den gemeinsamen Nenner der verschiedenen Parteitagsanträge. Mit Ausnahme des Textes von Bertrand Delanoë verschwanden Reformismus und Marktwirtschaft als positive Werte aus den Texten. Das von der neuen Mehrheit (Aubry, Delanoë und Hamon) angenommene Grundsatzprogramm knüpft daher an all die Doppeldeutigkeiten früherer Zeiten an.

Sicherlich ist es nachvollziehbar, dass die Sozialistische Partei Frankreichs wie die meisten linken Parteien in Frankreich und anderswo auf dem Höhepunkt der Krise einen linken Diskurs pflegt und zu ihren ideologischen Wurzeln zurückkehrt. Doch ihr neues Grundsatzprogramm unterscheidet nicht zwischen dem alten, auf einer antikapitalistischen Ideologie basierenden Denken und einem wahrhaft reformistischen Denken mit neuen Ansätzen vor allem in den Bereichen Beschäftigung, Solidarität und Institutionen. So proklamiert der Text »das jähe Scheitern eines Wirtschaftssystems, eines Modells des Finanzkapitalismus, welches wir immer bekämpft haben« und schlägt »eine Alternative zum liberalen Modell« vor. Das Problem ist nur, dass der Finanzkapitalismus nirgendwo präzise definiert wird. So weiß man nicht, was der Begriff wirklich umfasst. Überdies wird nicht gesagt, wie denn ein Kapitalismus aussähe, der kein Finanzkapitalismus wäre. Ist es hier der Kapitalismus als solcher, der in Frage gestellt wird, oder ist es lediglich sein Finanzgebaren?

Die Sozialistische Partei lebt also weiterhin in der Vorstellung von einem Modell des Staates und des Umbruchs, welches immer noch darin besteht, sich in der Opposition fast revolutionär, in der Regierungsverantwortung hingegen besonders vernünftig zu zeigen. Man kann dies positiv als funktional oder zumindest als das kleinere Übel betrachten: Ist die Linke an der Regierung, widerspricht ihr vernünftiges Handeln ihren radikalen Äußerungen in der Opposition. Man kann dieses Modell aber auch als Ursache für die politische Schwächung der Partei sehen, die im Falle einer erneuten Niederlage im Jahr 2012 noch schneller voranschreiten könnte.

Selbst wenn man den Sozialisten zugesteht, dass sie lediglich eine besondere Ausprägung des Kapitalismus ablehnen, sind dann ihre Vorschläge innovativ und überzeugend? Worum handelt es sich dabei? Geht es um ein neues Modell, in dem »der Staat in all seinen Formen gestärkt werden soll, um die ihm eigene grundlegende Rolle auszufüllen«? Zu den zentralen Bereichen Arbeit und Bildung finden sich beispielsweise Aussagen an vier verschiedenen Stellen des Grundsatzprogramms. Der vorherrschende Eindruck ist hierbei der einer Collage, einer Aneinanderreihung von Texten mit unterschiedlichen politischen und ökonomischen Visionen. Ganz offensichtlich war die Kohärenz des Textes insgesamt nicht das vordringliche Anliegen der Autoren.

So trifft der Text auch zwischen zwei nebeneinander stehenden Konzepten keine Entscheidung: Das eine favorisiert die Förderung und Sicherung der beruflichen Entwicklung und damit den Schutz der Menschen, indem es den Bildungswilligen die Möglichkeit bietet, Hilfe zur Weiterbildung und Umschulung in Anspruch zu nehmen, um so einen Arbeitsplatz zu finden. Dies ist eine Politik, die, wie es der Text sehr richtig sagt, »die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt, indem man sich klar der Logik der Wissensgesellschaft, der Entwicklung von Innovation und der Ausbildung der Arbeitskräfte anschließt« und anerkennt, dass, »da wir bereits auf globaler Ebene in allen Bereichen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen der Konkurrenz ausgesetzt sind, die Zukunft der entwickelten Länder vom Erhalt des technologischen Vorsprungs und der starken Innovationsfähigkeit bei der Entwicklung neuer Produkte abhängt«. Dies begründet die Befürwortung einer »massiven Investition in Humankapital«. Um den Zusammenhalt mit dem linken Parteiflügel jedoch nicht aufs Spiel zu setzen, musste der Text zugleich einem anderen Konzept folgen, das die Arbeitgeber à priori als suspekt und damit als Gegner betrachtet, wovon nur – aus welchen Gründen auch immer – die mittelständischen Unternehmer ausgenommen werden. Hier ändert sich plötzlich der Ton. Jegliche Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt wird verurteilt, von »flexsecurity« ist nicht mehr die Rede. Man solle für die Arbeitgeber eine »Kontrolle bei Entlassungen« einführen. Der neue Wortführer Benoît Hamon forderte sogar die Wiedereinführung einer

behördlichen Genehmigung von Entlassungen, sowie »hohe Anforderungen in Form von zum Ausgleich zu schaffenden Arbeitsplätzen und von Wiedereingliederungsmaßnahmen für die Beschäftigten, die vor börsenkursbedingten Entlassungen zurückschrecken lassen.« Es geht hier vor allem um den Schutz der Arbeitsplätze und nicht den der Menschen. In dem einen Fall wird nationales politisches Handeln in den Rahmen der Globalisierung gestellt, im anderen wird diese ignoriert und davon ausgegangen, dass das klassische »tax and spend« sowie die Kontrolle und gegebenenfalls Bestrafung der Arbeitgeber ausreicht, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen und damit Wirtschaftspolitik zu machen, während die Kassen leer sind!

Bezüglich der berühmten 35-Stunden-Woche hat die Partei beschlossen, diese Frage zunächst nicht aufzugreifen, auch wenn Martine Aubry, die mit Lionel Jospin eine der Initiatorinnen dieses Gesetzes war, ihre Meinung nicht geändert hat und die damalige Entscheidung verteidigt. Ségolène Royal hatte diese Reform schon damals kritisiert, erneuerte ihre Kritik jetzt jedoch nicht, wobei diese Diskussion in den kommenden Jahren durchaus wieder aufflammen könnte.

In der Auseinandersetzung mit Nicolas Sarkozy kann sich die Sozialistische Partei heute also nicht auf Vorschläge stützen, die eine klare politische Linie widerspiegeln. Daher neigt sie zu einer grundsätzlichen »Anti-Sarkozy-Haltung«, die, nach den Ergebnissen der Meinungsumfragen zu urteilen, die Glaubwürdigkeit der Partei nicht unbedingt erhöht. Ob die neue Parteivorsitzende in der Lage sein wird, der Partei eine klarere und einheitlichere Richtung zu geben und den Franzosen das Bild eines glaubhaften sozialistischen Kandidaten für die nächste Präsidentschaftswahl zu vermitteln, kann noch nicht beurteilt werden. Doch auch wenn die Position Ségolène Royals geschwächt und die Martine Aubry's in letzter Zeit gefestigt wurde, wird der Konflikt zwischen diesen beiden Frauen die politischen Gegensätze innerhalb der Partei wahrscheinlich auch weiterhin strukturieren. Die Sozialistische Partei befindet sich in einer schwierigen Lage, und die Wirtschaftskrise kommt ihr paradoxerweise nicht zugute, obwohl sie sich in der Opposition befindet. Sie bleibt eine bedeutende

Partei und die einzige große Oppositionspartei, doch diese neue Phase ihrer Geschichte steht nicht unter den besten Vorzeichen.²

Gérard Grunberg ist Forschungsdirektor am CNRS – Centre de Recherches politiques de Sciences Po, Paris.
Übersetzung: Barbara Hahn und Kerstin Elsner.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Pascal Perrineau, *Le vote de rupture: les élections présidentielles et législatives d'avril 2007*, Paris 2008.
- 2 Für eine weiter gefasste historische Perspektive auf die Sozialistische Partei sei dem Leser das folgende Werk empfohlen: Alain Bergounioux et Gérard Grunberg, *Les socialistes français et le pouvoir, L'ambition et le remords*, Paris 2007.